

Vor EU-Gipfel: SPÖ fordert mehr Geld für Solidarität

2020-04-22 11:35

Die SPÖ-Europaabgeordneten Andreas Schieder und Evelyn Regner haben vor dem EU-Gipfel zu weiteren Finanzhilfen in der Coronavirus-Krise an die Bundesregierung appelliert, eine Aufstockung des EU-Budgets mitzutragen. „Wenn wir die Corona-Krise überwinden wollen, braucht es mehr Geld“, forderten sie heute in einer Aussendung.

„Europa kann es sich nicht länger leisten, dringende Entscheidungen von einem Gipfel zum nächsten zu verschieben“, betonte Schieder. „Die Zeit des sturen Sparfetischismus ist eindeutig vorbei, und das muss sich auch in einem neuen EU-Budget widerspiegeln. Die deutsche Bundeskanzlerin (Angela Merkel) hat das schon erkannt, wie lange bremst die österreichische Regierung noch?“, fragte Schieder.

Regner: Gemeinsame Anleihen

Nach der Krise müsse auch der ökologische und soziale Fortschritt in den Fokus rücken. „Dafür wird es mehr Geld brauchen und allen voran mehr Solidarität zwischen den EU-Ländern. Ein wichtiger Hebel für ein ausreichend finanziertes Budget sind zweifellos auch EU-Eigenmittel wie eine Finanztransaktionssteuer oder ein vernünftiges System des Emissionshandels sowie ein umfangreich dotierter Wiederaufbaufonds“, forderte Schieder.

Regner betonte, die EU werde „an gemeinsamen Anleihen auch nicht vorbeikommen“. Eine große Mehrheit habe sich im EU-Parlament über Fraktionsgrenzen hinweg für „Corona-Bonds“ ausgesprochen. Schuld an der Krise hätten weder einzelne Länder noch Millionen von Menschen, die nun um ihre Existenz bangen müssen.

Mandl weist Asselborns Kritik zurück

Der ÖVP-Europaabgeordnete Lukas Mandl wies unterdessen Kritik des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn zurück, der in einem „Kurier“-Interview eine „Solidaritätskrise“ in der EU bemängelt und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) „Grenzschutzfetischismus“ vorgeworfen hatte. „Täglich grüßt das Murmeltier“, twitterte Mandl. Alle paar Wochen gebe es von Asselborn Kritik am österreichischen Regierungschef.

„Man merkt die Absicht“, so Mandl. Zu Beginn der Pandemie sei mancher EU-Mitgliedstaat unsolidarisch gewesen, „aber nicht Österreich“. Seit der Migrationskrise hätten Österreich, Schweden und Malta die meisten Flüchtlinge aufgenommen.

Bundeskanzler Kurz hatte gestern einer Vergemeinschaftung von Schulden in der EU erneut eine Absage

erteilt. Er wollte heute eine Videokonferenz zu diesem Thema mit den Premierministern von Dänemark, den Niederlanden und Schweden abhalten. Die vier Länder haben bisher eine Begrenzung des EU-Budgets auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung gefordert. Wegen der Coronavirus-Krise will die EU-Kommission den EU-Haushalt stark aufstocken.